

einblick

Gewerkschaftlicher Info-Service — 12. Mai 2021

Gerecht besteuern – Demokratie und Zusammenhalt stärken

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig öffentliche Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur sind. Dafür braucht der Staat Geld. Der DGB hat ein Steuerkonzept vorgelegt, um Beschäftigte und Familien zu stärken sowie SpitzenverdienerInnen und große Vermögen stärker zu beteiligen.

› DIE SITUATION ‹

In Deutschland besteht steuerlich ein großes Ungleichgewicht: Das Steuersystem orientiert sich nicht hinreichend an der finanziellen Leistungsfähigkeit der SteuerzahlerInnen, sondern begünstigt hohe Einkommen, Unternehmensgewinne und große Vermögen. Gerade Menschen, die über viel Geld verfügen, zahlen also im Verhältnis zu wenig in die öffentlichen Kassen.

Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, ist dies aus Sicht der Gewerkschaften nicht länger haltbar. Gerade das Steuersystem ist ein wichtiger Baustein für eine gerechtere Gesellschaft.

Die Corona-Pandemie hat offengelegt, welche Probleme schon länger bestehen: Es braucht öffentliche Investitionen an allen Ecken und Enden. Unter anderem mehr Personal in den Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, der Pflegebranche und dem Bildungswesen, die bessere Ausstattung von Schulen mit digitalen Geräten, die Unterstützung

der Wirtschaft mit Hilfgeldern. Klar ist: Von diesen Investitionen profitieren alle. Wie können sie gerecht aus Steuergeldern finanziert werden? Der DGB hat im Jahr der Bundestagswahl nun ein steuerpolitisches Gesamtkonzept vorgestellt – mit detaillierten und durchgerechneten Vorschlägen, um die Steuerbeiträge gerechter zu erheben.

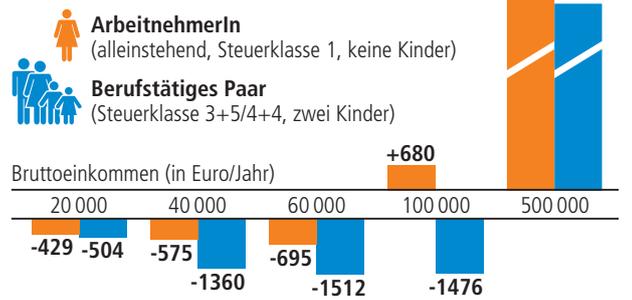
› DAS GEHT BESSER ‹

Ziel des im April vorgestellten DGB-Steuerkonzepts ist es, Beschäftigte und Familien zu entlasten und große Vermögen wieder stärker in die Verantwortung zu nehmen. Im Zentrum steht eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer, um die SteuerzahlerInnen angemessen und nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu beteiligen. Nach den Plänen des DGB müssten 95 Prozent der Steuerpflichtigen weniger zahlen und nur SpitzenverdienerInnen mehr. Denn so wird die Einnahmehasis des Staates gestärkt – insgesamt um 60 Milliarden Euro – und die öffentliche Hand gewinnt mehr Handlungsspielraum.

ArbeitnehmerInnen sollen von einem höheren Grundfreibetrag profitieren. Der Spitzensteuersatz soll erhöht werden, dafür erst später greifen; die Reichensteuer dafür früher. Zu einem gerechten Steuersystem gehört auch, dass Kapitalerträge – beispielsweise Dividenden – wie Arbeitseinkommen behandelt werden. Die pauschale Abgeltungsteuer von 25 Prozent soll abgeschafft werden und für alle Kapitaleinkünfte der persönliche Steuersatz gelten. Für den DGB ist klar: Spitzenverdiener und Vermögende müssen wieder mehr zum Gemeinwesen beitragen, von dem auch sie profitieren. Deswegen soll die Vermögensteuer auf Netto-Vermögen ab einer

Beschäftigte und Familien stärken

95 Prozent der SteuerzahlerInnen würden nach den Vorschlägen des DGB weniger Steuern zahlen, nur sehr hohe Einkommen mehr (Differenz der Steuerbeiträge in Euro).



Von den Steuervorschlägen des DGB profitieren die meisten Beschäftigten, Familien und Kinder.

Million wieder erhoben werden, die seit 25 Jahre ausgesetzt ist. So könnten 28 Milliarden Euro im Jahr mobilisiert werden, weitere sieben Milliarden würde eine Erbschaft- und Schenkungsteuer auf Betriebsvermögen bringen.

Die Körperschaftsteuer auf Unternehmensgewinne soll mittelfristig auf 25 Prozent angehoben werden. Dies würde acht Milliarden mehr Steuereinnahmen bringen. Auch eine Finanztransaktionsteuer ist überfällig. Wenn sie – wie der DGB vorschlägt – alle Finanzmärkte, -produkte und -akteure umfasst, würden weitere 17 Milliarden Mehreinnahmen erzielt.

Das DGB-Steuerkonzept umfasst viele weitere Vorschläge – für Kinder und Familien, für mehr Gleichstellung, für RentnerInnen, für Städte und Kommunen und eine effektivere Steuerfahndung. Nun liegt es an den Parteien, entsprechende Vorschläge nach der Bundestagswahl umzusetzen und das Steuersystem endlich gerechter zu machen – im Interesse aller.

Alles zum Thema: www.dgb.de/dgb-steuerkonzept

DER DGB FORDERT

- Anhebung des Grundfreibetrags auf 12 800 Euro
- gleichmäßiger Anstieg der Steuerprogression
- Spitzensteuersatz auf 49 Prozent anheben
- Reichensteuer greift früher
- Pendlerpauschale zu Mobilitätsgeld umgestalten
- Kindergrundsicherung statt Kinderfreibeträge
- Ehegattensplitting überwinden
- Rentenbesteuerung vereinfachen und Doppelbesteuerung beenden
- Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge abschaffen
- Vermögensteuer wieder erheben
- Erbschaften und Schenkungen gerecht besteuern
- Steuervergünstigungen für Unternehmen befristen
- Körperschaftsteuer auf 25 Prozent anheben
- Finanztransaktionsteuer unverzüglich einführen
- bessere personelle Ausstattung der Finanzverwaltung